

EntschlieÙung

des Nationalrates vom 17. März 2016

betreffend österreichischer Beitrag zur Unterstützung der Opfer von Kriegsverbrechen und der Verfolgung und eindeutigen Benennung von Massenvergewaltigungen als Kriegsverbrechen

Der Bundesminister für Europa, Integration und Äußeres wird aufgefordert, sich weiterhin aktiv für den Schutz von Frauen und Kindern in Krisenregionen einzusetzen und auf allen Ebenen dafür einzutreten, dass die Resolution der Vereinten Nationen 1820, die den Zusammenhang zwischen sexueller Gewalt in bewaffneten Konflikten und der Wahrung des internationalen Friedens und der Sicherheit klar anerkennt, nachprüfbar umgesetzt wird. Sowohl in den diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen mit Post-Konfliktgesellschaften als auch im Rahmen der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit vor Ort, ist die Durchsetzung der Resolutionen 1325 und 1820 prioritär zu verfolgen.